

Working Group VI

Working document 11

Working group VI Economic governance

Members of Working Group VI will find attached a paper by Mr. Gerhard Tusek

Eine verbesserte Interaktion zwischen Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik

Seit Einführung der gemeinsamen Währung haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und im besonderen die Euro-Teilnehmerstaaten ihre Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschafts- und Budgetpolitik verstärkt. Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt haben ihre Aufgaben im großen und ganzen erfüllt und wesentlich zur wirtschaftlichen und budgetären Konvergenz innerhalb der Europäischen Union beigetragen. Auch die Diskussion in der Euro-Gruppe sowie deren regelmäßiger Dialog mit der EZB haben bei vielen Fragestellungen das gegenseitige Verständnis gestärkt und zur Annäherung von ursprünglich oft unterschiedlichen Positionierungen geführt. Mit der offenen Koordination wurde eine Methode entwickelt, mit der rascher auf neue Herausforderungen reagiert werden kann und die den Mitgliedstaaten - je nach Ausgangs- und Problemlage - die nötigen Handlungsspielräume bei der Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse gibt. Allerdings sollten auch deren Grenzen festgelegt werden – insbesondere wenn damit der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten für Bereiche eingeengt werden, die nicht in die Gemeinschaftskompetenz fallen. Es besteht somit ein enger Zusammenhang mit der Debatte um eine bessere Abgrenzung von Kompetenzen.

Der Europäische Rat von Lissabon hat die Weichenstellung für die Erarbeitung einer globalen Strategie vorgenommen, die es auch in der Debatte um die Zukunft von Europa zu berücksichtigen gilt. Daher ist es im Interesse eines auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Preisstabilität ausgerichteten Politikansatzes wichtig, dass die in den letzten Jahren entwickelten Koordinations- und Dialogmechanismen weiter verbessert und schrittweise in einer umfassenden Strategie gebündelt werden. Dies soll durch einen gemeinsamen Titel im Vertrag zum Ausdruck gebracht werden.

Die in den umgruppierten, inhaltlich unveränderten Bestimmungen mit dem vorgeschlagenen Titel „Strategie für die Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik“ angeführten Steuerungsinstrumente sollten im Wege einer gemeinschaftlich vorgegebenen grundlegenden Zielrichtung besser aufeinander abgestimmt und Reibungsverluste vermieden werden.

Unberührt bleiben die im Vertrag festgelegte Abgrenzung der Zuständigkeiten, der dezentrale Ansatz der Wirtschaftspolitiken und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Allerdings ist auch darauf zu achten, dass die Komplexität von Koordinationsmechanismen nicht zu unnötig hohen Kosten führt. Auch darüber könnte die Gruppe eine Debatte führen.

Vorschlag für eine Änderung des Vertragstextes

Neuer Titel VII

Strategie für die Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik

Art. XX: Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft entwickeln und verfolgen eine Strategie für die Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik, die sich an den Grundsätzen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums sowie des Ziels eines hohen Beschäftigungsniveaus und am Grundsatz der Preisstabilität orientiert und damit das Wachstums- und Beschäftigungspotential der Gemeinschaft steigert. Dabei handeln sie im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, der einen effizienten Einsatz der Ressourcen fördert.

Kapitel 1 Die Wirtschaftspolitik

EGV Art. 98 ff

.

.

Kapitel 2 Die Währungspolitik

EGV Art 105 ff

.

.

Kapitel 3 Beschäftigungspolitik

EGV Art. 125 ff

.